

Aktuelle innenpolitische Situation in Österreich als Lehrstück für andere Demokratien

Aus einer Rede von Peter Menasse, gehalten am 24. Mai 2019 anlässlich des von der Wiener Zeitung organisierten Symposiums der „Cross Border Business Lawyers (CBBL)“ in Wien

„Was in den letzten Tagen seit dem 17. Mai vorgefallen ist, als das „Ibiza-Video“ ans Licht der Öffentlichkeit kam, kann durchaus als Lehrstück auch für andere Demokratien gelesen werden.

Wenn man den Humor noch nicht ganz verloren hat, könnte man einen kurzen, vor rund hundert Jahren verfassten Dialog aus "Kasperls Höllenfahrt" von Alfred Polgar zitieren. Da sagt der Kasperl: „An schön' Gruß an den Nationalrat. I laß' sag'n, die Lage ist hoffnungslos, aber nicht ernst.“

Tatsächlich ähnelt unsere innenpolitische Lage in Österreich einer schlecht ausgedachten Schmierenskomödie, die von einer Laientruppe ohne jegliches Talent gespielt wird. Aber als Optimist bin ich überzeugt davon, dass die Talsohle erreicht ist und es wieder aufwärts gehen wird.

Rekapitulieren wir kurz, was in der Woche vor den EU-Wahlen passiert ist. Der Süddeutschen Zeitung und dem Magazin „Spiegel“ ist ein Video zugegangen, das den Vizekanzler der Republik Österreich im Gespräch mit einer jungen Frau zeigt, die er für die Nichte eines russischen Oligarchen hält. Im gefilmten Gespräch verspricht er Gegenleistungen für eine illegale Finanzierung seiner Partei und überschreitet jegliche Grenzen des politischen Anstands und der Moral. Seine Angebote stehen dabei in diametralem Gegensatz zu allem, was er seinen Wählern versprochen hat. Er schlägt ihr unter anderem vor, Österreichs größte Zeitung zu kaufen und mit ausgewählten Journalisten die Wähler zu beeinflussen.

Dieser unverfrorene Versuch, die Zeitung in die Hand zu bekommen, zeigt erst aufs Deutlichste, wie wichtig es ist, dass unabhängige Medien existieren und die Bevölkerung über Handlungen der Politik informieren. Niemand sollte Medien einkaufen dürfen, um mit ihrer Hilfe Desinformation zu betreiben.

Herr Strache ist zurückgetreten, aber man sieht, dass Einige in seiner Partei sich derzeit mehr damit befassen, wie dieses Video zustande gekommen ist, als damit, welches Verbrechen – ja ich nenne es Verbrechen - an unserer österreichischen Demokratie angerichtet wurde. Vermutlich ist es jedoch der Ideologie einer Führerpartei immanent, dass ihre Proponenten meinen, das Recht läge ausschließlich bei ihnen.

Dafür spricht, dass es vor kurzem erst ein Statement des bisherigen, inzwischen auch des Amts enthobenen Innenministers aus derselben Partei gegeben hat, in dem er meinte, dass das Recht der Politik zu folgen hätte, und nicht die Politik dem Recht.

Nicht nur für Österreich, sondern ganz allgemein gilt: In autoritären Parteien, die die Verfügung über die Normen für sich beanspruchen und sie den anderen gesellschaftlichen Gruppen entziehen wollen, gibt es kein Verständnis für die Bedeutung von Gewaltentrennung oder für zivile Kontrollorgane, wie es in einer freien Gesellschaft die Medien sind. Sie dulden keine Kritik von außen und werten sie als Angriff.

Ihre Politik wähnt sich im Besitz des Rechts, oder anders gesagt, das Recht hat sich ihren Wünschen zu unterwerfen. Ein Kommunikationsberater hat gelernt, sich in die Rolle seiner Dialogpartner zu begeben, sich sozusagen auf die andere Seite des Tisches zu setzen. Überprüfen wir mit dieser Methode, welche Auswirkungen der Skandal um den österreichischen Vizekanzler haben kann. Wofür kommt ihm die Verantwortung zu und mit ihm auch jenen, die ihn zu ihrem Parteiobmann gewählt und jenen, die ihn trotz vielfältiger Warnungen zum Regierungspartner gemacht haben?

Wirtschaft

Wie geht es einem Wirtschaftspartner Österreichs, wenn er jetzt vermuten muss, Aufträge erhalte hier nur, wer die richtige Partei finanziert? Wenn sich Misstrauen über die Vertragstreue und die Ehrlichkeit der österreichischen Gesellschaft breitmacht, schadet das den Bemühungen von Unternehmen und Institution, die sich für internationale Wirtschaftsbeziehungen einsetzen, schadet das dem Wohlstand des Landes.

Es ist wichtig, in dieser Situation zu betonen, was unser Bundespräsident

Alexander Van der Bellen in einer seiner ersten Reaktionen gesagt hat: „Das ist nicht Österreich“ und „So sind wir nicht“.

Dazu ist aber auch ein interner Reinigungsprozess in Österreich selbst notwendig. Es gibt diesen Zusammenhang zwischen autoritär ausgerichteten Parteien und der Missachtung des Rechts. Nicht erst an ihren zukünftigen Taten muss man sie also messen, sondern an ihrer Ideologie, die sie verblendet und untauglich als Spieler in einer geordneten Demokratie macht. Solche Parteien sollten nicht Partner in Regierungen sein, nicht Partner in solchen Fraktionen der Europäischen Union, die sich den Menschenrechten und der Internationalität verpflichtet fühlen. Da spreche ich jetzt nicht nur von Österreich, sondern auch von Ländern, in denen die Demokratie bereits gebeugt wird oder in Gefahr ist, gebeugt zu werden.

Staatssicherheit

Ich möchte als einen weiteren Punkt auf ein Paradoxon hinweisen, das mit der Regierungsbeteiligung dieser rechtsextremen Partei, der FPÖ entstanden ist. Schon vor einiger Zeit hat die Presse darüber berichtet, dass bei einer Hausdurchsuchung im Bundesamt für Verfassungsschutz in Wien chaotische Zustände geherrscht hätten und wahllos Daten, auch solche von ausländischen Diensten und zu aktuellen Fällen beschlagnahmt worden seien. Wie schon gesagt, der damals zuständige Innenminister ist ein Mann der FPÖ. Er rühmt sich stets, für Recht und Ordnung einzutreten. Welch ein Widerspruch zu den Taten seines Ressorts. Jeder ausländische Geheimdienst musste sich nach dieser Aktion fragen, wer die Daten in die Hand bekommen hat und vor allem, ob der österreichische Staatsschutz noch Empfänger geheimer Informationen sein kann. Der Innenminister, der stets die Bedrohung Österreichs durch Extremisten an die Wand malt, riskiert mit seiner Vorgangsweise, dass unsere Behörden keine Informationen mehr bekommen.

Die Hausdurchsuchung wurde übrigens vom Oberlandesgericht als nicht rechtmäßig klassifiziert. Die Justiz in Österreich funktioniert glücklicherweise ganz einwandfrei.

Auch die unreflektierte Nähe der Freiheitlichen Partei zu Russland gerade in unseren schwierigen geopolitischen Zeiten, wird das Vertrauen in Österreich nicht stärken. Unsere Außenministerin, die Wladimir Putin zu ihrer Hochzeit

eingeladen hatte und vor ihm einen Hofknicks machte, symbolisiert diese unterwürfige Haltung gegenüber einem Land, das kaum als Hort der Demokratie bezeichnet werden kann und speziell für Desinformation in vielen Ländern dieser Welt verantwortlich ist.

Jetzt hat Herr Strache noch einen draufgesetzt, als er für russisches Geld Staatsaufträge oder den Teilverkauf der österreichischen Wasservorräte einzutauschen bereit war.

Man kann zusammenfassend sagen: Sie predigen das Wasser der Sicherheit und trinken den Wein der Oligarchen.

Demokratie

In vielen Ländern Europas ist das Vertrauen in die politische Klasse radikal gesunken. Die Politik wird lächerlich gemacht, von Kabarettisten am Nasenring durch die Arena gezogen und der Sinn von Interessenvertretung erschließt sich vielen nicht mehr.

Ein betrunkenener Vizekanzler, der mit großer Geste alles verrät, was er versprochen hat, muss die Menschen noch mehr am Wert der Demokratie zweifeln lassen. Immer wieder hört man jetzt: „Das sind doch alles Gauner“, „Die wirtschaften ohnehin nur in ihre eigene Tasche“ und schließlich als Konsequenz: „Lass mich in Ruhe mit Wahlen“.

Schon erleben wir, wie die Partei des zurückgetretenen Vizekanzlers alle anderen Fraktionen in ihren Sumpf mit hineinzuziehen versucht. Da wird mehr darüber geredet, wer das Video gedreht hat, als über die Verwerflichkeit seines Inhalts. Ihre Freunde spielen mit. So sagte wenige Tage nach Auftauchen des Videos der ungarische Premier Orbán wegen eines abgesagten Besuchs: „Unsere österreichischen Freunde kommen jetzt nicht zu uns, da dort eine außerordentliche Jagdsaison eröffnet wurde“. Wenn sie ihre Interessen nicht durchsetzen können, fallen sie sofort in die Opferrolle. Kritik an ihren üblen Machenschaften sehen sie als Jagd auf sich, die sie doch das Recht auf die Gesellschaft und ihre Einrichtungen zu haben glauben.

Politik heute hätte eine neue Aufgabe zu meistern. Sie müsste den Sinn von politischer Auseinandersetzung verständlich machen. Es gibt keine Politik für „die Menschen“, weil die Interessen je gesellschaftlicher Position einfach

unterschiedlich sind. Die bisherige, nur kurz regierende Koalition hat sich gerühmt, nicht zu streiten, sondern konstruktiv zu arbeiten. Dieser selbst auferlegte Zwang zur Harmonie bedeutet schlussendlich aber nur, dass Interessenkonflikte zugedeckt und nicht transparent ausdiskutiert werden.

Hätte es diesen Rucksack des Kuschelns nicht gegeben, wäre längst zu bemerken gewesen, dass die Regierungsparteien das Land gemeinsam und mit voller Kraft in gegensätzliche Richtungen ziehen wollen. Das wurde beispielsweise vor der Europawahl deutlich sichtbar. Die FPÖ strebt eine Renationalisierung an, während der Spitzenkandidat der ÖVP die Union stärken will. Es ist kontraproduktiv, diese so grundsätzliche Differenz nicht ausdiskutieren. Politik muss streiten, muss sie doch die Interessen jener vertreten, denen sie etwas versprochen hat und die sie dafür gewählt haben.

Für ein Miteinander zum Wohle der Wirtschaft notwendig ist das Bekenntnis zu einer offenen, international vernetzten Gesellschaft in einem gemeinsamen System der Rechtssicherheit. Es kann keine Scheinharmonie mit Politikern geben, die zurück zum Unheil des Nationalismus wollen.

Demokratie funktioniert dann, wenn sich Parteien zu einer Regierung finden, die wesentliche Grundsätze verteidigt, wie etwa:

Respekt vor dem Recht und den demokratischen Institutionen, Anerkennung der Menschenrechte und der internationalen Zusammenarbeit. Unter diesem Dach können Detailfragen auch im Konflikt behandelt werden. Expertinnen und Experten für Streitbeilegung wissen, dass es bei gutem Willen immer Wege gibt, Kompromisse zu finden. Konstruktive und faire Auseinandersetzung eröffnet Chancen. Nur die großen, die fundamentalen Grundsätze des politischen Handels dürfen nicht zur Disposition stehen.

Zukunft

Der große Albert Einstein sagte „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben“ und gab auch eine Handlungsanleitung, die für unser Hier und Jetzt anwendbar ist: “Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind“.

Wir erleben hier in Österreich, dass auch eine gefestigte Demokratie fragile Strukturen hat. Dennoch können wir mit Vertrauen in die Zukunft blicken. Wir haben einen unabhängigen, klug abwägenden Bundespräsidenten, der seine

Entscheidungen in Ruhe zu treffen pflegt. Und wir haben eine Bundesverfassung, die einen Leitfaden für die weiteren Schritte bis zu einer neuen stabilen Regierung bietet.

Es wird jetzt allerorts in Europa darüber diskutiert, ob der Absturz der extremen Rechten in Österreich ein Hinweis auch für die Parteien der Mitte in anderen europäischen Ländern sein wird, solche Kooperationen lieber sein zu lassen. Wir haben unsere schlechten Erfahrungen jedenfalls gemacht.

Österreich ist für einmal im Brennpunkt des Interesses und kann vielleicht ein Lehrbeispiel für andere Länder bieten. Wie sagte Friedrich Hebbel anlässlich einer Rede in Wien im Jahr 1862:

„Dies Österreich ist eine kleine Welt,
in der die große ihre Probe hält,
Und waltet erst bei uns das Gleichgewicht,
so wird's auch in der andern wieder licht.“ “